

Wahlprüfsteine

1. Rüstungsexportpolitik (aus Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel)

Frage 1

Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür ein, dass der Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern grundsätzlich verboten und dieses Verbot in Artikel 26 Abs. 2 des Grundgesetzes festgeschrieben wird?

Das Grundgesetz schreibt in Artikel 26 (2) vor: „Zur Kriegsführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.“ Ein komplettes Exportverbot (z.B. auch innerhalb der EU oder an unsere NATO-Partner) halte ich nicht für sinnvoll, weil wir Rüstungswirtschaft auch für den Erhalt unserer Verteidigungs- und Bündnisfähigkeit brauchen. Ich setze mich aber nachdrücklich für die Eindämmung von Rüstungsexporten ein. Die SPD hat schon in der laufenden Wahlperiode die transparenteste und restriktivste Rüstungsexportpolitik durchgesetzt, die es jemals in der Geschichte der Bundesrepublik gegeben hat. Ein generelles Exportverbot von Waffen, im Grundgesetz verankert, wird im deutschen Parlament auf absehbare Zeit keine Mehrheit finden.

Frage 2

Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür ein, dass konkrete Ausfuhr- und Kontrollregelungen in einem einheitlichen und restriktiven Rüstungsexportkontroll-Gesetz zusammengeführt werden?

Ein solches einheitliches Gesetz halte ich für sehr sinnvoll. Ich trete auch dafür ein, auf der Ebene der EU Rüstungsexporte zu begrenzen und eine einheitliche, restriktive Rüstungsexportpolitik in Europa zu etablieren.

Frage 3

Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl – angesichts der besonders hohen Opferzahlen durch Kleinwaffen – für ein vollständiges Exportverbot von Kleinwaffen und der zugehörigen Munition aus Deutschland ein?

Ich fordere ein grundsätzliches Verbot des Kleinwaffenexports in Drittstaaten außerhalb von EU, Nato und vergleichbaren Ländern. Kleinwaffen gehören auch zur Polizeiausrüstung. An unsere Bündnispartner sollten wir sie deshalb weiter exportieren können.

Frage 4

Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl für ein vollständiges Verbot der Lizenzvergabe ein, um die unkontrollierte Produktion und Weiterverbreitung von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern zu unterbinden?

Dort, wo es Exportverbote gibt, können natürlich auch keine Lizenzvergaben zur Produktion vor Ort und zur Weiterverbreitung von Kriegswaffen möglich sein.

Frage 5

Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl für ein Verbot von staatlichen Bürgschaften für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern ein, damit nicht weiterhin Rüstungsexporte durch Steuergelder abgesichert werden?

Bei den Parteitagen in Augsburg (2013) und Berlin (2015) lagen Anträge vor, die ein solches Verbot von Bürgschaften fordern. Über die Anträge wurde aber nicht abgestimmt. Darum gibt es dazu keine eindeutige Beschlusslage der SPD. Ich selbst halte ein solches Verbot von staatlichen Bürgschaften für den Kriegswaffenexport für eine sinnvolle Maßnahme. In einem ersten Schritt sollten solche Bürgschaften explizit im Rüstungsexportbericht der Bundesregierung ausgewiesen werden.

2. Verhältnis Deutschland/Europa – Russland

Frage 6

Stimmen Sie mit der Einschätzung überein, dass Russland die Krim aus nationalen wie militärischen Gründen keinesfalls an die Ukraine zurückgeben wird? Wenn ja, wie stellen Sie sich unter dieser Voraussetzung das zukünftige Verhältnis Deutschlands und der EU zu Russland vor?

Das russische Vorgehen in der Ostukraine und die Annexion der Krim haben das Verhältnis zu Russland stark belastet. Unabhängig davon, ob es sich dabei um einen reversiblen Akt handelt, wurden damit fundamentale Prinzipien der europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung verletzt. Unsere polnischen und baltischen Nachbarn fühlen sich durch dieses Vorgehen direkt bedroht. Darum müssen wir wieder gegenseitiges Vertrauen aufbauen. Das kann nur mit einer Rückkehr zum politischen Dialog geschehen. Ich plädiere für eine weitere Umsetzung des Minsker Abkommens und eine schrittweise Aufhebung der Sanktionen gegen Russland. Wir müssen wieder zu einer echten Entspannungspolitik zurückfinden und eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur für Europa bauen.

Frage 7

Sind Sie der Meinung, dass die großen internationalen Fragen (Ost-Ukraine, Syrien, internationaler Terrorismus...) nur mit, nicht gegen Russland gelöst werden können?

Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass Frieden und Sicherheit in Europa nur mit, nicht ohne oder gar gegen Russland möglich sind. Wir stützen uns dabei auf zwei Säulen unserer Außenpolitik: Solidarität und enge Abstimmung mit den Bündnispartnern in der NATO und der EU bei gleichzeitigem Dialog mit Russland.

Frage 8

Stimmen Sie der Einschätzung zu, dass Druck von Seiten der NATO und der EU die Positionen der russischen Regierung nur verhärten kann und somit die Lösung anderer drängender Weltprobleme verhindert?

Ich stimme zu, dass wir deeskalieren müssen. Das gelingt am besten durch politischen Dialog. Da man nach Völkerrechtsverletzungen aber auch nicht einfach zur Tagesordnung übergehen kann, plädiere ich daneben für eine differenzierte Anwendung von Sanktionsmechanismen.

3. Flüchtlingssituation

Frage 9

Was sind Ihre Vorschläge für eine Bekämpfung von Fluchtursachen?

Es gibt schon ein gutes Arbeitsprogramm für die Bekämpfung von Fluchtursachen: Überwindung von Hunger und Armut, Zugang zu Gesundheit und Bildung, Schaffung von Arbeitsplätzen auch außerhalb der Landwirtschaft, Schutz lokaler Märkte vor Dumpingimporten, Umsetzung der Sustainable Development Goals 2030. Der Teufel steckt wie immer im Detail: Von der Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit bis hin zu einem fairen internationalen Steuersystem und einer fairen Organisation des Welthandels.

In die Entwicklungszusammenarbeit müssen wesentlich mehr Mittel fließen. Ich unterstütze deshalb den Ansatz von Kanzlerkandidat Martin Schulz, mindestens das Anderthalbfache der Rüstungsausgaben in Entwicklungszusammenarbeit und Krisenprävention zu investieren.

Frage 10

Die Sorge vieler Flüchtlinge um ihre engsten Angehörigen, die oftmals noch in den Herkunftsländern bzw. in den Nachbarregionen zurückgeblieben sind, ist sehr belastend und kann Integration verhindern.

Wie stehen Sie zum Familiennachzug bzw. zu Aufnahmekontingenten für Familienangehörige von hier in Deutschland lebenden Geflüchteten.

Wir haben uns in meiner Arbeitsgruppe Familie immer sehr entschieden für den Familiennachzug ausgesprochen, aus humanitären Gründen, aber auch, weil Familien leichter zu integrieren sind und sich eher auf das Gastland einlassen. Meine Arbeitsgruppe der Aussetzung des Nachzugs für Flüchtlinge mit subsidiärem Status 2015 nur zugestimmt, weil wir von völlig anderen Zahlen ausgegangen sind (ich selbst habe übrigens mit einigen Kolleg*innen dagegen gestimmt).

Ich werde mich mit Nachdruck dafür einsetzen, wieder zu großzügigen Regelungen zum Familiennachzug zurückzukehren.

4. Palästina

Frage 11

Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl – wie zuletzt der Vatikanstaat - für eine Anerkennung eines Staates Palästina ein?

Ich setze mich weiterhin für Fortschritte im Friedensprozess zwischen Israel und Palästina ein. Auf der Grundlage der Vereinbarungen von Oslo sollen am Ende dieses Prozesses zwei souveräne, lebensfähige Staaten stehen, damit sowohl Israelis als auch Palästinenser in Frieden und Sicherheit leben können. Der Friedensprozess zwischen Israelis und Palästinensern ist in schweres Fahrwasser geraten. Die Kräfte auf beiden Seiten, die ein Interesse an einem Aussöhnungsprozess haben, drohen ins Hintertreffen zu geraten. Eine Anerkennung der palästinensischen Selbstverwaltungsgebiete als eigener Staat macht in dieser Situation den dritten Schritt vor dem zweiten. Ich halte eine rein symbolische Anerkennung für nicht sinnvoll, solange die grundlegenden Bedingungen für die Staatlichkeit nicht geklärt sind.

Frage 12

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl für eine Beendigung der israelischen Besatzung palästinensischer Gebiete einsetzen?

Wir fordern, dass Handlungen, egal von welcher Seite, die einer endgültigen Friedenslösung entgegenstehen, sofort beendet werden. Es muss zu einem Stopp des illegalen Siedlungsbaus in den palästinensischen Gebieten kommen. Von der palästinensischen Seite fordern wir die Ächtung des Terrors.